

## Die Bundesregierung

*(Der folgende Text enthält eine Zusammenfassung der wesentlichen rechtlichen Rahmenbedingungen der Bundesregierung sowie ausschließlich wichtiges Vokabular der deutschen Rechtssprache. Fülle die Lücken mit den unten aufgelisteten Wörtern aus. Beachte, dass alle Substantive in der Einzahl und alle Verben im Infinitiv angegeben sind, sie müssen daher in der grammatikalisch richtigen Form eingetragen werden.)*

Die Bundesregierung ist ein oberstes Staatsorgan. Gemäß Art. 62 GG setzt sie sich zusammen aus dem \_\_\_\_\_ und den \_\_\_\_\_. Der Bundeskanzler und alle Bundesminister bilden das \_\_\_\_\_.

Der Bundeskanzler wird gemäß Art. 63 Abs. 1 und 2 GG durch den \_\_\_\_\_ gewählt (auf \_\_\_\_\_ des Bundespräsidenten) und vom Bundespräsident \_\_\_\_\_. Das Amt des Bundeskanzlers ist eng mit dem jeweils gegenwärtigen \_\_\_\_\_ verbunden: Die Amtszeit eines Bundeskanzlers endet, wenn das Parlament \_\_\_\_\_ wird. Dies ist entweder nach Ablauf der \_\_\_\_\_ (4 Jahre) der Fall oder nach vorzeitiger Auflösung des Parlaments infolge einer \_\_\_\_\_ durch den Bundeskanzler selbst, die in Art. 68 GG geregelt ist. Die Amtszeit eines Bundeskanzlers endet auch, wenn er durch ein \_\_\_\_\_ des Bundestages, das in Art. 67 GG geregelt ist, abgewählt wird. Dies setzt voraus, dass der Bundestag einen neuen Kanzler \_\_\_\_\_. Damit gibt es ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen \_\_\_\_\_ und Bundestag.

Der Bundeskanzler schlägt gemäß Art. 64 Abs. 1 GG die \_\_\_\_\_ vor, die dann vom \_\_\_\_\_ ernannt werden. Der Bundeskanzler \_\_\_\_\_ die Anzahl der Minister und bestimmt die Geschäftsbereiche. Er bestimmt auch die Personen, die Minister werden sollen. Die Amtszeit eines Bundesministers \_\_\_\_\_, wenn die Amtszeit des Bundeskanzlers endet, also in den Fällen, die oben genannt sind. Die Amtszeit eines Bundesministers endet aber auch, wenn der Bundeskanzler ihn \_\_\_\_\_ möchte. Gemäß Art. 64 Abs. 1 GG schlägt der Bundeskanzler dem Bundespräsidenten die \_\_\_\_\_ vor, der Bundespräsident entlässt daraufhin den jeweiligen Minister. Dies zeigt, dass es ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen den \_\_\_\_\_ und dem Bundeskanzler gibt.

Art. 65 GG enthält die Regierungsprinzipien. Art. 65 Satz 1 GG enthält das so genannte Kanzlerprinzip, das in einer \_\_\_\_\_ des Bundeskanzlers besteht. Es bedeutet, dass der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik bestimmt. Er gibt den

Ministern generelle, verbindliche \_\_\_\_\_ und im Einzelfall auch konkrete Einzelanordnungen. Der Bundeskanzler kann jederzeit den Bundestag \_\_\_\_\_. Das zweite Regierungsprinzip ist das \_\_\_\_\_, das in Art. 65 Satz 2 GG enthalten ist. Es besagt, dass jeder Minister den ihm zugewiesenen Geschäftsbereich innerhalb der Richtlinien des Bundeskanzlers selbst und in eigener \_\_\_\_\_ leitet.

Zur \_\_\_\_\_ seiner Aufgaben steht ihm eine Ministerialbürokratie mit entsprechendem Beamtenapparat zur \_\_\_\_\_. Das dritte Regierungsprinzip ist das Kollegialprinzip. Es ist nicht im Grundgesetz \_\_\_\_\_, sondern in § 15 der Geschäftsordnung der Bundesregierung. Es besagt, dass das Kabinett in wichtigen Angelegenheiten gemeinsam \_\_\_\_\_ und gemeinsam Beschlüsse \_\_\_\_\_. Wichtige Angelegenheiten sind alle Gesetzesinitiativen und Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen von allgemeiner innenpolitischer, außenpolitischer, wirtschaftlicher, finanzieller und kultureller Bedeutung. Diese drei Regierungsprinzipien stehen nicht gleichwertig nebeneinander, vielmehr überragt das Kanzlerprinzip das Ressortprinzip und das Kollegialprinzip in seiner Bedeutung.

Das Grundgesetz enthält keinen Aufgabenkatalog der Bundesregierung. Nach herrschender \_\_\_\_\_ hat sie die Aufgabe der obersten Staatsleitung und der politischen Staatsführung. Des weiteren hat sie die Personalhoheit über die Ministerialbeamten und gestaltet die auswärtigen Angelegenheiten.

Anweisung	enden	Legislaturperiode
Auffassung	entlassen	Parlament
auflösen	Entlassung	Ressortprinzip
beraten	Erfüllung	Richtlinienkompetenz
bestimmen	ernennen	Verantwortung
Bundeskanzler (2x)	fassen	Verfügung
Bundesminister (3x)	regeln	Vertrauensfrage
Bundespräsident	Kabinett	Vorschlag
Bundestag	konstruktives	wählen
einberufen	Misstrauensvotum	